

tionsweise des Einzelnen in die „neue Welt“ umschreibt. In diesem Sinne gehören zur älteren Generation jene, deren persönliche und soziale Formung bereits bei der Übernahme der politischen Macht durch die Kommunisten abgeschlossen war. Bei ihrer Integration spielten die „Veränderungen“, die „Umstellungen“, die Kompromisse, die aus neuen Einsichten kommenden Haltungen eine wichtige Rolle. Die Vertreter dieser „Generation“ sind zugleich noch von Zügen der früheren Lebens- und Gesellschaftsordnung geprägt. Die jüngere Generation ist in der „neuen Welt“ aufgewachsen, der äußere Zwang ist für sie kein Grunderlebnis mehr. Sie bewegen sich deshalb viel unbefangener im System, weil ihnen dieses gar nicht „neu“ erscheint. Sie fühlen sich auch dadurch, daß sie die „neue Welt“ unmittelbar erlebt und nicht sich erst in sie eingewöhnt haben, über diese besser informiert, verhalten sich distanzierter, vielleicht auch kritischer, auf jeden Fall souveräner als der größere Teil der älteren Mitbrüder.

Und gerade diese „Überlegenheit der Erfahrung der Jugend“ spiegelt eine spezifisch ungarische (oder vielleicht osteuropäische) Variante der kirchlichen Autoritätskrise wider. Zwar sind die halbfeudalen Autoritätsmuster im Abbau begriffen. Und es fehlt nicht an Anekdoten über sich sehr demokratisch gebende kirchliche Würdenträger. Es fehlt aber weithin an Einsicht in die echten Werte und Chancen einer im kommunistischen System aufgewachsenen, aber ihren Glauben anders lebenden Jugend. Es besteht ein schwer zu überwindendes Gefälle zwischen der kirchlichen Führung und der heranwachsenden Priestergeneration. Die Führung trifft, soweit ihr der Staat Spielraum läßt, die Entscheidungen, während die vitalere und auch gegenüber der Partei selbstbewußtere Jugend an den für die Zukunft der Kirche wichtigen Entscheidungen kaum Anteil hat.

Hierarchie zu adaptiert?

Dem jungen Klerus muß überdies bei manchen Vorschriften, die ihm weder einsichtig sind noch begründet erscheinen, der Verdacht kommen, die kirchliche Führung folge manchmal mehr als notwendig äußerem Druck als innerer Überzeugung, ohne sich dies einzugestehen. Aber welches immer die Motive der Kirchenführung sein mögen, die Praxis zeigt, daß die Führung in ihrem Sinne sich durchsetzt, ob es sich nun um eine Auseinandersetzung zwischen Pfarrer und Kaplan, Seminaristen und Vorgesetzten, Bischof und „unruhigen“ jungen Priestern, Bischofskonferenz und übrigem Klerus, zwischen Führern der Friedenspriesterbewegung und „Subjekten“ der staatsbürgerlichen Erziehung handelt. Nicht selten entsteht dabei der Eindruck, als arbeite man in der Führung indirekt dem Regime in die Hände. Nicht zufällig konzentrieren sich solche Konflikte oft auf das Gebiet der sog. „vaterländischen Erziehung“ mit den vielen von Friedenspriesterideologie klassischer Prägung durchtränkten Erklärungen und Kommuniqués, mit Warnungen vor den

Fallstricken des „Existentialismus“ und den Aufforderungen nach dem „richtigen“ priesterlichen Bewußtsein und der „ehrliehen“ Vaterlandsliebe.

Der jeweilige politische Hintergrund solcher Konflikte in Seminaren läßt sich kaum verbergen. Anlässlich des Streits im Budapester Zentralseminar wurde beispielsweise in einem Zeitungsartikel erklärt, für die Priesterweihe, und zwar auch im kirchenrechtlichen Sinn, sei die staatliche Erlaubnis zu seelsorglicher Tätigkeit notwendig. Der Bischof sei — so wurde argumentiert — vor der Priesterweihe verpflichtet, erstens den Lebensunterhalt der Weikandidaten sicherzustellen und zweitens sich der Eignung des Kandidaten für das priesterliche Amt zu vergewissern. Nachdem aber die erste Bedingung (Lebensunterhalt) nur durch Übernahme eines Seelsorgepostens gelöst werden kann, sollte auch die Eignung zum priesterlichen Dienst nicht vorausgesetzt werden, wenn die Zustimmung des Staates zum seelsorglichen Dienst nicht als gesichert angesehen werden kann.

Im Verhalten zwischen älterem und jüngerem Klerus in den Gemeinden zeichnen sich übrigens ähnliche Konflikte ab wie in den Seminaren. Man kann beinahe von einer Protestbewegung sprechen. Auch da spielen nicht nur die innerkirchlichen Ursachen eine Rolle, wie man sie im Westen kennt. Besondere Probleme ergeben sich zwischen Pfarrern und Kaplänen, wenn der junge Kaplan sich in der Seelsorge aktiver betätigen möchte, aber der ältere Pfarrer „um des Friedens willen“ (mit den zum Kampf gegen den Einfluß der Religion verpflichteten Behörden) ihn bei der Seelsorge behindert bzw. einschlägige Initiativen formal verbietet — was oft zur Verbitterung der jungen Kapläne führt. Über die auf Sparflamme geschaltete Seelsorge beklagt man sich in der Presse: „Nach innen müssen wir uns eher darüber beklagen, daß einige nicht einmal den Rahmen ausfüllen, nicht einmal das zur Stärkung des Glaubens nutzen, was uns zur Verfügung steht. Es kommt vor, daß jemand dem abgeschafften Religionsunterricht nachtrauert, gleichzeitig aber keinen Religionsunterricht in der Kirche erteilt, wozu er nicht nur das Recht hat, sondern auch die Verpflichtung hätte.“

Schon auf Grund dieser Situation wäre es notwendig, der jüngeren Generation in Zukunft mehr Geltung zu verschaffen, als dies bisher geschah, und die Seminarerziehung stärker danach auszurichten. Es darf sich innerhalb des heutigen Klerus jedenfalls nicht die Geschichte der ungarischen Jugend nach der Auflösung der Donaumonarchie wiederholen, als man in dem von der Generation der „Alten“ geleiteten Staat den jungen diplomierten Leuten oft nur die Rolle des „geistigen Notarbeiters“ zu sichern wußte, während die „Alten“ den Aufbau des neuen Staates nach ihrem gewohnten Geschmack vorantrieben. Damals hieß es: die Jugend wisse noch nicht, wie man eine Gesellschaft „richtig“ aufbaut. Die ungarische Kirche dürfte bei ihren Reformbestrebungen nicht einer alten Versuchung erliegen.

Polizeiterror in Brasilien

Am 23. Januar 1970 flogen neun Journalisten aus sieben Ländern auf Einladung und Kosten der brasilianischen Regierung, von Beamten begleitet, in die Amazonasarbeitsgebiete des 1968 umorganisierten Indianerschutzdienstes, FUNAI (vgl. „O Estado de São Paulo“, 23. 1. 70). Das publizistische Unternehmen wurde ein voller Er-

folg. Nach 14 Tagen von einer 7000 Kilometerreise zurückgekehrt, berichteten die Vertreter der Presseagenturen TASS (Sowjetunion), UPI, dpa, EFE (Spanien), AFP und Reuter nahezu übereinstimmend, sie hätten keine Anzeichen für „eine gewaltsame Ausrottung der brasilianischen Indianer“ entdecken können.

Strategie der Ablenkung?

Die brasilianische Regierung darf zufrieden sein. War doch die Blitzreise im Rahmen eines Programms organisiert worden, das zum Ziel hat, „das wirkliche Gesicht der Regierung Médici“ weltweit publik zu machen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (11. 2. 70) kommentierte diese Imagepflege mit dem Hinweis: Die Tatsache, daß seit Oktober 1969 durch ein Dekret der Militärregierung die Publikation von Stellungnahmen kompetenter Fachleute des eigenen Landes unterbunden werde, während man unkundige Ausländer unter Führung von Regierungsbeamten „Untersuchungen“ vornehmen lasse — „weckt in peinlicher Übereinstimmung Erinnerungen an Propagandafahrten westlicher Korrespondenten in kommunistische Länder. Es ist daher nicht ohne Ironie, wenn gleichzeitig diejenigen brasilianischen Experten, die sich mit dem Indianerproblem beschäftigen, als ‚Kommunisten‘ abgestempelt werden“.

Im Dezember des vergangenen Jahres hatte der Präsident der Weltbewegung Christlicher Arbeiter, der Brasilianer *T. Sulik*, auf Adveniat-Presskonferenzen einen Verdacht geäußert, der hierzulande empört zurückgewiesen wurde. Sulik meinte, die gerade zu diesem Zeitpunkt laufende publizistische Aktion wegen der fast zwei Jahre zuvor durch eine vom brasilianischen Innenministerium eingesetzte Untersuchungskommission aufgedeckten Verbrechen an den Ureinwohnern seines Landes lasse eine Strategie der Ablenkung von den eigentlichen Problemen Brasiliens vermuten.

Die Entwicklung scheint ihn zu bestätigen. Der Druck der Weltöffentlichkeit auf das brasilianische Militärregime konzentrierte sich auf die *Indianerfrage*. Es fiel der Regierung leicht, die unzutreffend formulierten Anschuldigungen, sie inszeniere, decke oder unterstütze einen systematisch betriebenen Völkermord, als Lügen zurückzuweisen. Und parallel zu den geglückten Nachweisen, es würde viel und werde jetzt alles Erdenkliche getan, den noch etwa 80 000 frei in Stammesverbänden lebenden Indianern Überlebenschancen zu sichern, wird das Problem entschärft, das sich hinter der Indianerfrage verbirgt. Erklärt das Ziel der staatlichen und kirchlichen Bemühungen um die Amazonasstämme ist die sogenannte Zivilisierung der Indianer, ihre stufenweise „Integration“ in das nationale Leben. In die gegenwärtige Situation übersetzt heißt das: Eingliederung in ein 90 Millionen-Volk, dessen Mehrheit verurteilt ist zu widerspruchsloser Ergebenheit in wirtschaftliche Ausbeutung, politische Ohnmacht, polizeiliche Willkür.

Staatsgefährdende Christen?

Indessen dauert die Repression der Militärs gegen vermeintliche wie wirkliche Opponenten von links fort. Es liegen umfangreiche und sorgfältig dokumentierte Dossiers über die Methoden vor, derer sich das Regime bedient zur Durchsetzung seiner selbstgestellten obersten Mission der Wahrung der „nationalen Sicherheit“ (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 229). Mehr und mehr erscheint offenbar aus dieser Perspektive auch konkret gelehrter und gelebter christlicher Glaube staatsgefährdend. So wurde erst jüngst vom brasilianischen Innenministerium verboten, an den öffentlichen Schulen den neuen *Katechismus* „Wachsen und Leben“ zu verwenden. In der regierungsoffiziellen Version erscheint das von der katholischen Hierarchie approbierte Lehrbuch als Ansta-

delung zur Subversion. Der Verfasser, Dominikanerpater *A. Cechin*, wurde unter der gleichen Anklage verhaftet. Ursprünglich als Handbuch der Christlichen Oberschulbewegung (MEC) erarbeitet, wurde die Verbreitung von „Wachsen und Leben“ auf Anordnung der Sicherheitsbehörde schon im Vorjahr verboten.

Der Erzbischof von Porto Alegre, Kardinal *Scherer*, hat seinerseits verfügt, den Cechin-Katechismus an den katholischen Schulen als „hervorragendes Instrument erneuerter Katechese“ (NADOC, 14. 1. 70) weiterzubedenken. Nun gilt Kardinal Scherer als profiliertes und einflussreicher Vertreter der versöhnlichen, zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereiten Fraktion im brasilianischen Episkopat. Seine demonstrative Geste scheint zu bestätigen, daß die Übergriffe des Staates in den Bereich der kirchlichen Lehr- und Handlungsfreiheit zu neuen Fraktionsbildungen im brasilianischen Katholizismus führen. Taugten die gebräuchlichen Einordnungen von Amtsträgern, Bewegungen und Organisationen in Regimetreue und Regimegegner schon nie recht, um die Vielfalt zu registrierender theologischer, pastoraler und sozialer Richtungen auszudrücken, so werden sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch problematischer.

Ein Präzedenzfall

Die Reaktionen auf den *Fall Marighela* mögen das veranschaulichen. Sie wurden Mitte Januar in einem Dossier von NADOC zusammengestellt. Wie bekannt, war am 4. November 1969 der Führer einer revolutionären Untergrundorganisation, Carlos Marighela, in São Paulo erschossen worden. Unter dem paradoxen Doppelverdacht, einerseits als Kommunikationsnetz und Fluchthelfer der Organisation gedient, andererseits ihren Führer verraten und der Polizei vor die Gewehre geliefert zu haben, wurden 12 Mitglieder der brasilianischen Dominikanerprovinz verhaftet. Es waren Patres, Brüder und Theologiestudenten. Im Zuge einer spektakulären „Terrorbanden“-Aufklärungsaktion folgten auch Verhaftungen von Welpriestern, vornehmlich aus den Erzdiözesen São Paulo, Porto Alegre, Ribeirão Preto. Die Presse sprach pflichtgetreu von den „schweren Gefahren, die der Dominikanerorden für die Sicherheit der Nation darstellt“ („Estado“, 6. 11. 69).

Kardinal *Agnelo Rossi* (São Paulo) distanzierte sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Brasilianischen Bischofskonferenz umgehend in einem Kommuniqué von „jedweder Beteiligung von Priestern, Ordensleuten oder Seminaristen an Gewaltanwendung und Terrormethoden“. Sie widersprächen dem Geist des Evangeliums und dem Wohl des Landes. Wie bei früheren Verhaftungen von Priestern wiederholte Rossi, die Kirchenführung erbitte für Kleriker keinerlei Privilegien. Jedoch sollten sie wie jeder Staatsbürger nach den Prinzipien der Menschenrechte behandelt werden. In dem Schreiben des Kardinals war ziemlich offen ausgedrückt, die eventuelle Schuld der Verdächtigen könne nicht der ganzen Kirche und ihrer Arbeit für menschliche Entwicklung und Fortschritt angelastet werden.

Die Verantwortlichen des Ordens interpretierten den Vorgang allerdings anders. Sie vermuteten in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“, Kardinal *M. Roy*, datiert vom 12. November 1969, eine von den Machthabern vorbereitete Falle zur Konfliktverschärfung innerhalb der Kirche. Gelänge die Absicht, die *Dominikaner* als Sonderfall aus

der Gesamtpräsenz der Kirche in Brasiliens Gegenwart herauszulösen, schrieben die Provinziale, Prioren und mehrere Theologen, „wäre ein Präzedenzfall geschaffen, der es einer repressiven Politik künftig leichtmacht, andere unliebsame Elemente, auch Bischöfe, auszuschalten. Das Ende wäre eine völlige Neutralisierung des Evangeliums“. Denn schließlich zählten gerade jene Ordensmänner zu den Regimeverfolgten, die dem unterdrückten Volk ihre Stimme liehen.

Verletzung der Menschenrechte

Weniger vorsichtig als Kardinal Rossi formulierte vier Tage nach ihm der Priesterrat der Erzdiözese Porto Alegre unter Vorsitz von Kardinal V. Scherer seine Haltung zu den in den Fall Marighela verwickelten Dominikanern. Auch er erteilte zwar revolutionärer Gewaltanwendung eine klare *Absage*, solidarisierte sich aber gleichzeitig mit den Inhaftierten: „Wir wissen uns mit ihnen vereint durch Christi Priestertum und die Entscheidung zum Kampf für die gleichen Ideale — den Dienst am Menschen und die Förderung des Reiches Gottes, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens.“ Schutz und Hilfe für regimeverfolgte Flüchtlinge hielt der Priesterrat für eine christliche Tat.

Am 18. November gibt Kardinal Scherer über Radio eine persönliche Erklärung zu den Vorfällen ab. Er legte Zeugnis ab für die beiden „beispielhaft pflichtgetreuen“ Priester seiner Diözese, die im Zusammenhang mit den Marighela-Untersuchungen verhaftet worden waren. Er forderte, die Zuständigkeiten von Polizei (Untersuchung) und Justiz (Wahrheitsfindung und Urteil) zu respektieren. Nichts an dem Geheimpolizeiverdacht sei bewiesen, doch werde der Öffentlichkeit der Eindruck suggeriert, die inhaftierten Kleriker seien überführte Verbrecher. „Diese bedauerlichen Vorfälle rechtfertigen die erneute Verurteilung jeder Anwendung von Gewalt und Terror als Mittel, politische Konflikte einer zivilisierten Gesellschaft zu lösen. Wir können nicht zum Recht der Wüste zurückkehren, das ein Tyrannenregime begründet, in dem die Schwachen durch die Stärksten, Hinterlistigsten und Grausamsten unterjocht werden. Nur ein Rechtsstaat bietet allen Bürgern Möglichkeiten, sich zu verwirklichen und zu vervollkommen.“

Zwei Tage nach dieser Radioansprache gaben 144 Priester von Porto Alegre mit Kardinal Scherer und den Weihbischöfen ein „offizielles gemeinsames Kommuniqué“ heraus. Es richtete sich gegen „Wahrheitsverfälschungen“ nationaler Sicherheitsorgane und der Presse. Der Nachweis wurde an zehn Fällen inhaftierter Priester, Ordensbrüder und Studenten geführt. Zwei Fälle seien hier als Beispiele wiedergegeben:

1. *P. Edgar Jotz* wurde der Kollaboration mit Terroristen und der Dokumentenfälschung beschuldigt. Die DOPS-Beweise lauteten: In seinem Besitz seien große Summen ausländischer Devisen gefunden worden und Landkarten zur Fluchthilfe. Nach der Gegendarstellung des Klerus von Porto Alegre verhielt es sich so: Jotz gewährte Fremden Gastfreundschaft, die später als angebliche Terroristen verfolgt wurden. Berichte und Fotos über die Arbeit eines Mitbruders, der in seiner Pfarrei Gast war, wurden auf gefälschte Dokumente umgemünzt. Die Devisen bestanden aus einem halben Dollar und 350 uruguayischen Pesos. Die „Fluchthelferkarten“ beschränkten sich auf je einen Stadtplan von Montevideo und von Buenos Aires.

2. *Carlos Libanio Cristo*, bekannt als Dominikanerbruder Beto, Student im ersten Semester Theologie am von Jesuiten geleiteten Interkongregations-Kolleg São Leopoldo, mit Mitstudenten unter der Anklage verhaftet, das Kolleg in eine Guerilla-Schulungsstätte verwandelt zu haben. DOPS fand nach eigenen Angaben Mengen subversiven Materials. Nach der Gegendarstellung des Klerus von Porto Alegre handelte es sich bei dem Verdachtsmaterial um Korrespondenz mit anderen der Subversion verdächtigen Mitgliedern des Klerus; dazu um Fotos von Mao Tse-tung als Teil einer Fakultätssammlung von Porträts berühmter Männer, darunter Kennedy, de Gaulle, Johannes XXIII.

Auf *ursächliche Zusammenhänge* der Konfliktverschärfung zwischen Kirche und Staat in Brasilien wiesen dann am 22. November die Bischöfe, Provinziale und Vertreter der Priesterräte der Kirchenregion Rio Grande de Sul in einer gemeinsamen Erklärung hin: „Die jüngsten Ereignisse müssen im lateinamerikanischen Kontext gesehen werden, wo die Menschen aufschreien nach Befreiung in Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe... Extreme Haltungen, von welcher Ideologie sie auch immer ausgehen, verursachen *Gewalt*. Und Gewalt erzeugt wiederum Gewalt. Wenn die Wertordnung auf den Kopf gestellt wird und fundamentale Menschenrechte, wie das Recht auf Verteidigung, grob mißachtet werden, kann von uns keine Zustimmung erwartet werden. Auch wenn wir die gewaltsame revolutionäre Aktion ablehnen, bedeutet das nicht, daß wir von der Notwendigkeit eines offenen Kampfes für das Gemeinwohl, für eine gerechtere und menschlichere Sozialordnung absehen könnten.“

Folterungspraktiken

Am brutalsten offenbart sich die Unmenschlichkeit des gegenwärtigen brasilianischen Regimes in den Methoden der Verfolgung und Ausschaltung engagierter Nonkonformisten. Eine detaillierte Dokumentation städtischer, bundesstaatlicher und geheimpolizeilicher Praxis legten schon Mitte vorigen Jahres 30 Priester aus Belo Horizonte vor (vgl. NADOC, 6. 8. 69).

Auszüge aus den dort geschilderten Foltermethoden an politischen Gefangenen in Untersuchungshaft: systematische Prügel, Fesselung der nackten Gefangenen an Händen und Füßen und stundenlanges Aufhängen (Papageienschaukel); Elektroschocks in die empfindlichsten Körperstellen, die Sinnes- und Geschlechtsorgane, Peitschenhiebe auf die Hände, 15tägiges Fesseln mit Handschellen, die auch zum Essen und Schlafen nicht abgenommen werden. Die Vollzugsorte all dieser Folterungen waren der Dokumentation angefügt. Dazu kommt regelmäßig ein systematischer Druck auf die Familienangehörigen. Laut dieser Dokumentation wurden zur Erpressung von Geständnissen Ehefrauen Inhaftierter vor den Augen ihrer Männer gequält und vergewaltigt.

Die Aussagen der Priester von Belo Horizonte wurden von den Bischöfen *Dom Hélder Câmara* (Recife), *Fragoso* (Volta Redonda), *Candido Padin* (Lorena) öffentlich bestätigt und der Vollversammlung der Brasilianischen Bischofskonferenz zugeleitet. In einem Kommuniqué zur Lage stellte die Zentralkommission der Konferenz im September 1969 fest, es sei unerlässlich, daß Brasilien vom provisorischen Ausnahmezustand zur „rechtlichen Normalität“ zurückkehrt und zwar auf der Basis einer Verfassung, die den wirklichen Interessen und Erwartungen der Nation entspricht“. Seitdem folgen Berichte über

rechtlich ungedeckte Verhaftungen und über Mißhandlungen von Gefangenen fast wöchentlich. Auch der jüngste Bericht einer wieder freigelassenen Ordensschwester, der Mitte März durch die Presse ging (dpa, 17. 3. 70), glich bis in die Details diesen ersten Schilderungen.

Bischof angeklagt

Bis Ende 1969 konnte sich jeder informationswillige Europäer eingehend über das Schicksal der politischen Gefangenen in Brasilien, denen meistens Rechtsbeistand und ein regulärer Prozeß verweigert wird, unterrichten. Ausgesagt aus eigenen bitteren Erfahrungen sechsmonatiger Haft hatten die des Landes verwiesenen Ausländer Jan Talpe und Clemens Schrage. Beide, der belgische Priester und Physiker und der deutsche Biologe, sorgten nicht nur für Aufklärung über alle widerwärtigen Verhörmethoden. Sie brachten anhand von Fallschilderungen und Dokumenten aus dem in den Untergrund gezwungenen Widerstand Bestätigungen, daß der Terror nicht auf Willküraktionen einzelner in einem von der Zentralregierung schwer kontrollierbaren riesigen Land beschränkt ist, sondern integrierter Bestandteil des Systems. Das erklärt auch, warum die sorgfältigen Dokumentationen aus kirchlichen Kreisen mit Angaben von Zeitpunkt, Namen, Daten der Folterer und ihrer Opfer bis heute nicht die wiederholt zugesicherten Untersuchungen der Regierung bewirkten. Im Gegenteil: Bischof Waldyr Calheiros zum Beispiel, der Mitte des Vorjahres wagte, gemeinsam mit 16 Priestern seines Bistums gegen einen Coronel wegen schwerer Mißhandlung eines inhaftierten Stahlarbeiters Anzeige zu erstatten, steht jetzt selbst unter der Anklage der Volksverhetzung und Umsturzvorbereitung vor einem Militärgericht. Dom Waldyr schreibt in einem Brief an die brasilianischen Bischöfe vom 1. Januar 1970: „Ich sehe es nicht als Demütigung an, daß ein Bischof auf der Anklagebank sitzt, wenn sein Verbrechen darin besteht, das Evangelium gepredigt und die Verteidigung eines armen gefolterten Arbeiters übernommen zu haben. Ein Verbrechen wäre es gewesen, angesichts dessen, was wir wissen, zu schweigen. Demütigend wäre es nach all dem, den Bedrücker um Verzeihung zu bitten dafür, daß er uns bedrängt . . . Jetzt verstehe ich den Meister gut: Wenn ich Unrecht geredet habe, weise mir das Unrecht nach, wenn aber nicht, warum schlägst du mich?“

Fakten unwiderlegt

Behelligt werden vor allem Arbeiterpriester und in der Publizistik und an Hochschulen tätige Kleriker. Für einen Subversionsverdacht scheint der Nachweis der Umgehung oder Mißachtung gültiger Gesetze zu genügen. Ein Beispiel bietet der Arbeiterpriester Antônio Soligo. Als Hilfsarbeiter einer metallverarbeitenden Fabrik von Osasco (Bannmeile von São Paulo) wehrte er sich gegen die widerrechtlichen Arbeitsbedingungen: Schweissen ohne vorgeschriebenen Gesichtsschutz, gesundheitsschädliche Arbeit ohne Auszahlung der ihm zustehenden Risikoprämie. Das Mittagessen in der Kantine kostet den Gegenwert von drei Stunden Schwerarbeiterverdienst, während eine Mahlzeit zum Preis eines Stundenlohnes gerechtfertigt wäre. Jede Fabrik, die wenigstens 30 Frauen über 16 Jahren beschäftigt, ist verpflichtet, eine Kinderkrippe einzurichten. Diese Fabrik umging die Verordnung durch den legalen Ausweg, indem sie immer genau 29 Frauen beschäftigt. Zu Soligos Verhaftung reichte aus, daß

er sich bei der Organisation eines Streiks zur Durchsetzung garantierter Minimalrechte engagierte. Seitens der brasilianischen Regierung gibt es bisher keine offenkundigen Versuche, die Fakten der publizierten Dokumentationen zu widerlegen. Sie konzentriert sich darauf, ihre Veröffentlichung im eigenen Land zu unterbinden. Nicht immer glückt das vollständig. Die Rundfunksbotschaft des Erzbischofs von São Salvador de Bahia, Kardinal *E. Araujo Sales*, zum Weltfriedenstag (1. Januar 1970) wurde in wesentlichen Passagen in der brasilianischen Presse wiederholt. Der Kardinal hatte offen die Folterungen Gefangener und Morde der „Todesschwadronen“ verurteilt (Adveniat-Archiv). Und es blieb nicht geheim, daß die Zentralkommission der Brasilianischen Bischofskonferenz der Regierung einen ausführlichen, von den Opfern unterschriebenen und beedeiten Bericht über Mißhandlungen politischer Häftlinge nach Rom leitete.

Es gibt Anzeichen, daß neuerdings diplomatische Bremsen gezogen werden, um in Europa weitere Publikationen über Terror und Torturen in Brasilien zu unterbinden. Das bekam jüngst das italienische Fernsehen zu spüren, das für das Wochenmagazin „TV 7“ in Zusammenarbeit mit dem italienischen „Europa-Lateinamerika-Komitee“ und einem prominenten brasilianischen Kirchenführer eine Sendung über diesen Aspekt der brasilianischen Gegenwart vorbereitete. Brasiliens Botschafter wurde angewiesen, bei italienischen Außenministerium unverzüglich zu intervenieren. Der Einspruch blieb allerdings erfolglos.

Zurückhaltung des Vatikans

Umgekehrt wird — im Namen der Opfer — seit Ende des Vorjahres der *Vatikan* verstärkt um Intervention ersucht. Angesichts der sorgsam dokumentierten Fakten, die eine Gruppe brasilianischer Priester, die Zentralkommission der Brasilianischen Bischofskonferenz und das italienische „Europa-Lateinamerika-Komitee“ der Päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“ überreichten, ist die vatikanische Zurückhaltung zwar verständlich, wirkt aber eher irritierend. Der Präsident von „Justitia et Pax“, Kardinal *M. Roy*, sicherte zu, der Papst sei informiert und verfolge „mit großer Aufmerksamkeit die Lage der Kirche in Brasilien“. Es sei nicht Aufgabe der Kommission, betonte der Vorsitzende, über die politische Lage Brasiliens ein Urteil abzugeben, doch könne sie nicht taub bleiben „gegenüber den Appellen der christlichen Gewissen vieler, die gerechterweise auf die in zahlreichen Ländern sich ereignenden Angriffe und Gewalttätigkeiten gegen die menschliche Person reagieren“. Konkreter zu sprechen verbot der Kommission ihre eigene Aufgabenstellung. Diese definierte der Kardinal in einem Schreiben an die Generalsekretärin des „Europa-Lateinamerika-Komitees“: das Gewissen der einzelnen Christen wachzurütteln hinsichtlich ihrer Pflicht, Gerechtigkeit, Frieden, Entwicklung der menschlichen Person und den Fortschritt der Völker zu fördern. Dieses Selbstverständnis aber läßt keine Stellungnahme zu den Mechanismen politisch bedingter Menschenrechtsmißachtung zu. Unter Verzicht auf politische Sicht und politisches Urteil ist aber dem brasilianischen Terror kein Einhalt zu gebieten, da er nicht auf der Bösartigkeit einzelner Vollzugsorgane beruht, sondern konsequenter Auswuchs eines politischen Denkmodells und einer politischen Strategie ist. Aber der Vatikan verfügt noch über andere Instrumente des Protests.